

Die unterzeichnende Bezirksrätin der ÖVP stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 29. Juni 2022 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage zu Restitutionsverfahren von Eigentum jüdischer Bewohner:innen aus Penzing

1. Gibt es eine Liste der jüdischen Bevölkerung Penzings per 01.01.1938?
Wenn ja, wo liegt diese Liste auf?
Wenn nein, wer ist für die Erstellung dieser Liste zuständig? Warum wurde bislang keine Liste erstellt?
2. Gibt es eine Liste der Vermögen (Grundstücke, Häuser, Kunst, Firmen, Geldwert, etc.) dieser jüdischen Bewohner:innen Penzings?
Wenn ja, wo liegt diese Liste auf?
Wenn nein, wer ist für die Erstellung dieser Liste zuständig? Warum wurde bislang keine Liste erstellt?
3. Welche Restitutionsverfahren für das Vermögen von jüdischen Penzinger:innen wurden bislang abgeschlossen und zu welchem Ergebnis kam es dabei?
4. Wie viele Penzinger:innen haben seit 1945 Anträge auf Restitutionsverfahren gestellt?
5. Welche Vermögenswerte aus Restitutionsverfahren wurden bisher nicht von den rechtmäßigen Nachfahr:innen abgeholt? Wo sind diese Vermögenswerte derzeit gesichert?
6. Ist dieses nicht abgeholte Vermögen wertgesichert?
7. Wenn Nachfahr:innen durch private Initiativen ermittelt werden sollten, wohin können diese sich wenden?
8. Die Stadt Wien ist in den letzten Jahren öfter mit Forderungen von Nachfahr:innen konfrontiert, Restitutionsverfahren wieder aufzurollen, da diese laut Nachfahr:innen nicht fair verlaufen sind. Gibt es hier auch bekannte Fälle, die Penzinger:innen betreffen?

Begründung:

Nach Ende des zweiten Weltkrieges begann die Restitution von enteignetem Eigentum der jüdischen Bevölkerung und in der Nachkriegszeit wurden diese Verfahren abgeschlossen. Die Stadt Wien ist in den letzten Jahren häufiger mit Nachforderungen von Nachfahr:innen konfrontiert. Viele der Nachfahr:innen bezeichnen die Restitutionsverfahren als unfair; Sie bekämen eine deutlich geringere Entschädigung als der damalige Wert ihres Besitzes.

Auch in Penzing gibt es Hinweise auf Benachteiligung der Nachfahr:innen bei diesen Verfahren.

Es ist unsere gemeinsame Pflicht, sicherzustellen, dass unfaire Verfahren wieder aufgerollt werden und Nachfahr:innen der Opfer des Nationalsozialismus zu ihrem Recht kommen.